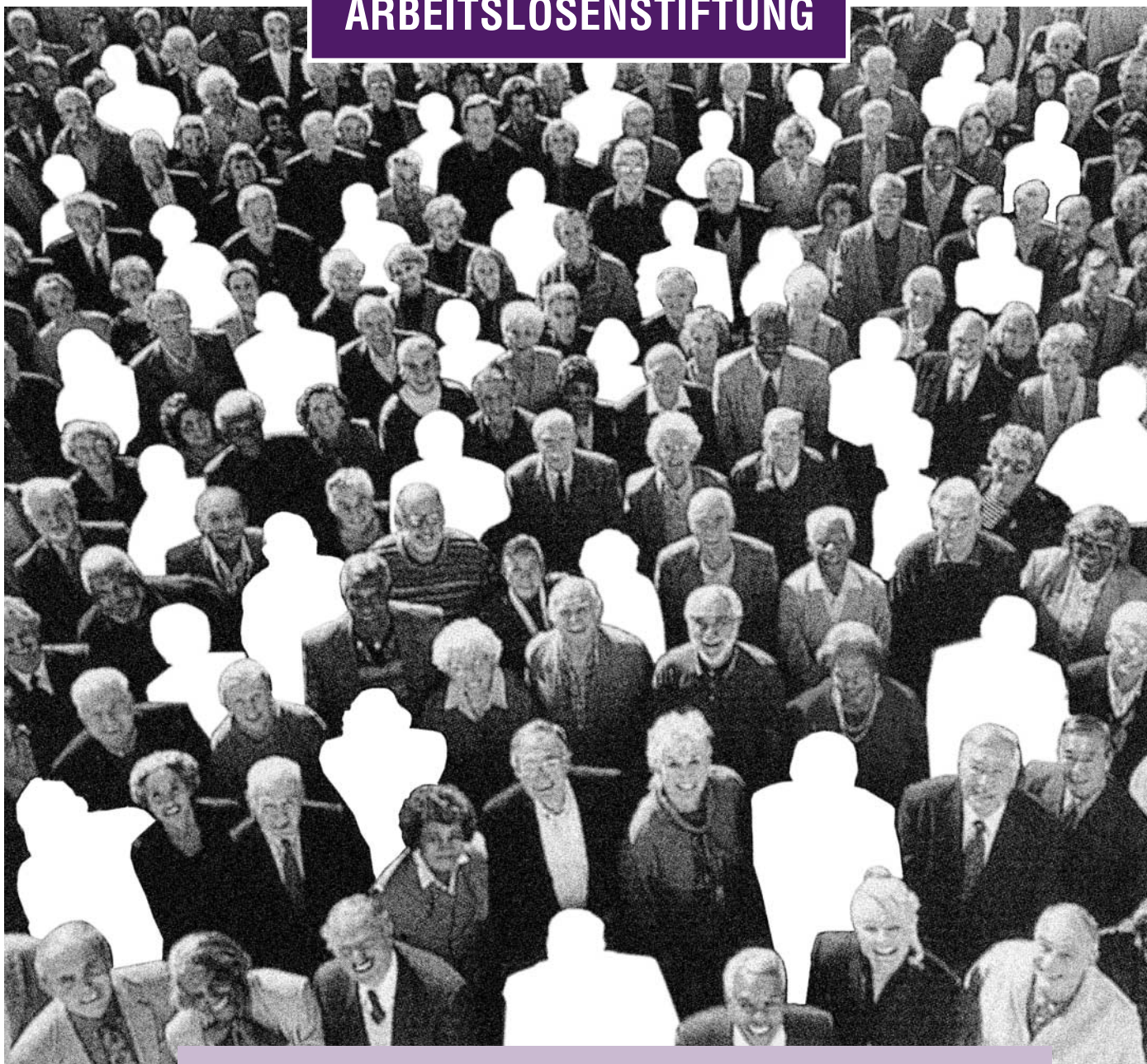


INFOS

BISCHÖFLICHE ARBEITSLOSENSTIFTUNG

P. b. b. – GZ 02Z033610M
Verlagspostamt: 4020 Linz



Jede/r 4. Beschäftigte ist in Österreich von Arbeitslosigkeit betroffen

Die Arbeitslosigkeit in Österreich steigt weiterhin. Im Jänner 2005 lag in Österreich die Zahl der Arbeitslosen bei etwa 410.000 und die Zahl der im Jahr 2004 Betroffenen bei 800.000. Arbeitslosigkeit kostet zu viel. Die Betroffenen spüren das sowohl im Materiellen als auch auf der psychischen Seite. Der Gesellschaft, also uns allen, entstehen Kosten durch Unterstützungsleistungen, Aufrechterhaltung des Apparates sowie durch enorme Kaufkraft- und Steuerausfälle.
Wer will DAS eigentlich, wer profitiert davon?



Sparen wir doch die Arbeitslosigkeit ein!

Letztendlich ist Arbeitslosigkeit die Folge von fehlenden Arbeitsplätzen und sie tritt „vom Willen der Arbeitslosen unabhängig in Erscheinung“. Arbeitslosigkeit ist ebenso wenig freiwillig gewählt wie die Schließung kleiner Unternehmen durch ihre Eigentümer, die selber mitgearbeitet haben. Meldungen über Managementfehler im großen Stile (Opel) und Schwarzunternehmertum (Baubranche) weisen auf das Vernichten von vielen Arbeitsplätzen hin.

Grundsätzlich stellt sich die Frage, wer eigentlich von der Arbeitslosigkeit profitiert, wer hält daran fest, wer hat Interesse daran, dass es so viele Arbeitslose gibt? Das sind nicht bloß rhetorische Fragen, weil letztendlich nichts dauerhaft Bestand hat, wenn nicht auch jemand davon profitiert.

Um die Arbeitslosigkeit dauerhaft zu verringern, muss politisches Ziel sein: mehr Arbeitsplätze! Da greift allein die Arbeitsmarktpolitik zu kurz. Qualifikationen verbessern und Integrationsunterstützung sind sehr wichtige Teile im Anpassungsprozess an immer neu entstehende Herausforderungen. Aber es löst das Problem keinesfalls, wenn dem Arbeitsmarktservice letztlich nichts anderes übrig bleibt als "das Betroffenheitsrisiko zu verteilen", oder zu bewirken, dass nicht immer die selben Menschen arbeitslos sind. Viele der Integrationsmaßnahmen führen im niedrigqualifizierten Bereich dazu, dass andere ArbeitnehmerInnen ersetzt werden. Die Politik muss vor allem in wirtschaftlich strukturelle Richtung (Steuern, wirtschaftliche Rahmenbedingungen, Innovation, ...) vorgehen, da und dort braucht es auch individuell ansetzende Maßnahmen (Qualifikation, soziale Kompetenzen). Steuerreformen, die massive Steuerentlastungen für Unternehmen ohne Bindung an Investitionen bringen, die den Faktor Arbeit nicht entlasten, die die enorm gestiegenen Kapitalvermögen nicht stärker = gerecht besteuern oder die Entlastungen für die ArbeitnehmerInnen durch andere Belastungen wieder gegen finanzieren, führen dazu, dass die Verteilung zu den Reichen anstatt zu den Armen erfolgt.

Daher Arbeitsplätze schaffen durch:

Wirtschaftlich strukturelle Maßnahmen

● **Förderung der Innovation:** Bei Investitionen in nachhaltige, zukunftsfähige, umwelt- und menschengerechte Technologien, erneuerbare Energie-

quellen und Energiesparmaßnahmen können mit wenig zusätzlichem Geld neue Arbeitsplätze geschaffen werden. In Kombination mit laufender Erneuerung der Infrastruktur hat dies dauerhafte Wirkung.

● **Ausgleichende Steuerpolitik:** Gerechte Verteilung der Steuerlast auf Kapital, Unternehmen und Arbeit. Bei den Unternehmenssteuern Entlastung des Faktors Arbeit statt dessen - aufkommensneutral - stärkere Besteuerung des Ressourcenverbrauches oder der gesamten Wertschöpfung. Stärkere, daher gerechtere Besteuerung der Vermögen, der Gewinne und der Finanzerträge. Diese zusätzlichen Einnahmen müssen einerseits in den sozialen und den Bildungssektor investiert werden, da dort kein Produktivitätsfortschritt zu erzielen ist und andererseits in die Erneuerung der Infrastruktur.

● **Bildung und Ausbildung:** Das Pflichtschulsystem muss so weiterentwickelt werden, dass nicht ein Teil der SchulabsolventInnen als ungeeignet für die Lehrausbildung abqualifiziert wird. Investition in FacharbeiterInnen-ausbildung und Anpassung an den technologischen Standards sichern das Qualitätsniveau des Wirtschaftsstandortes. Klagen über Fachkräftemangel sind die Folge dessen, dass diese (oder andere) Betriebe Jahre zuvor meist aus Profitinteressen bei der Ausbildung eingespart haben.

● **Arbeitszeit verringern:** Der Produktivitätsfortschritt erfordert Arbeitszeitverkürzung. Dies kann generell (mit Lohnausgleich) sowie z. B. durch Abbau von Überstunden, geförderte Elternteilzeit, Weiterbildungszeit oder Sabbatjahre erfolgen. Derzeit steht bei der Diskussion um die Arbeitszeitflexibilisierung die Kostensenkung für die Betriebe im Vordergrund: Überstundenzuschläge einsparen ist Kostensenkung, weil die selben Beschäftigten dann Mehrstunden leisten eben ohne Zuschläge. Das schafft keinen einzigen neuen Arbeitsplatz sondern kürzt

die Löhne, führt zu Kaufkraftverlusten, schwächt weiter die Inlandsnachfrage und bringt letztlich wieder eine verkehrte Umverteilung nach oben. Überstundenabbau führt nur dann zum Ziel, wenn neue Arbeitskräfte zu normalen Arbeitszeiten eingestellt werden. Neue Arbeitsplätze könnten aus der Ersparnis der Aufwände für die Arbeitslosigkeit gefördert werden.

● **Soziale Dienstleistungen und Gesundheitsvorsorge:** Staatlicher Förderungen bedürfen soziale Dienstleistungen, da der Markt diese nicht allen Menschen gleichermaßen bereitstellen kann. Besonders in der Pflege älterer Menschen aber auch bei der Kinderbetreuung gibt es genügend Arbeit, die durch die Umverteilung des Produktivitätsfortschrittes aus dem Produktionssektor finanziert werden können. Die Anhebung der Lebensarbeitszeit erfordert spezielle Gesundheitsvorsorgemaßnahmen in belastenden Berufen.

Individuell ansetzende Maßnahmen

● **Verbesserung der Qualifikation:** Erforderlich sind ausreichende und angepasste Um-Schulungsmaßnahmen um einerseits mit dem Technologiefortschritt mitzuhalten und andererseits Arbeitskräfte entsprechend dem Strukturwandel zu qualifizieren.

● **Soziale Kompetenzen:** Psychosoziale Unterstützung bei individuellen Problemlagen und angepasste Qualifizierung ermöglichen die Re-Integration von längere Zeit arbeitslosen Menschen in den Arbeitsprozess. Somit wird ihnen eine eigenständige Existenzsicherung ermöglicht und die Teilhabechancen an der Gesellschaft erhöht.

Christian Winkler mit Auszügen aus: Wolfgang Kessler: Weltbeben – Auswege aus der Globalisierungsfalle, 2004.

Wolfgang Kessler kommt am 11. Juni 2005, ab 10.00 Uhr zur Veranstaltung von KAB und Betriebsseelsorge ins Papiermachermuseum Steyermühl.

Die Arbeitslosenstiftung hat unterstützt

Caritas Beratung und Hilfe

Die Bischöfliche Arbeitslosenstiftung unterstützt verschiedene soziale Einrichtungen, die arbeitslose Menschen beraten oder begleiten. Für Einzelfallhilfe gibt die Bischöfliche Arbeitslosenstiftung eine Förderung an die Caritas Beratung und Hilfe. Arbeitslose Menschen erhalten dort eine finanzielle Unterstützung verbunden mit kompetenter Beratung.

Das Blickfeld unserer Beratungen richtet sich auf die Existenzsicherung von Menschen in finanziellen Notsituationen. Die SozialarbeiterInnen klären nach Terminvereinbarung die aktuelle Situation anhand von Unterlagen ab und versuchen gemeinsam mit den Hilfesuchenden weitere Schritte zu planen, damit sie aus dieser Notlage wieder herauszukommen. Wir helfen mit ganzheitlicher Beratung, Information, bezahlen Rechnungen zur Existenzsicherung, geben Soforthilfe zum Leben mittels Bargeld und Lebensmittel, Kleidung, Babyausstattung, Hausrat, Möbel, Bahnkontokarten, Fahrscheine oder Nächtigungsgutscheine für Notzuschlafstellen und Obdachlosenheime. Bei rund 2/3 der Menschen, die sich an uns wenden, ist Arbeitslosigkeit der Hauptgrund für die finanzielle Notlage. Die Gründe für Arbeitslosigkeit sind vielfältig. Nicht nur minderqualifizierte Menschen haben es am Arbeitsmarkt schwer, wie unser Beratungsalltag zeigt. So ist die Zahl jener Vorsprachen im Steigen, bei denen Arbeitslosigkeit mit Krankheit verbunden ist. Eine rigorose Handhabung der Zuerkennung von Invaliditätspensionen hat dazu geführt, dass immer mehr Menschen trotz massiver körperlicher Einschränkungen als arbeitsfähig gelten. In Gutachten wird festgestellt, dass eine sitzende Tätigkeit noch möglich ist, nur leider gibt es den dafür passenden Arbeitsplatz nicht.

In vielen Fällen stellen auch die zunehmenden atypischen Beschäftigungsverhältnisse eine Existenzfalle dar: Leasingjobs mit häufigem Wechsel und Hinhaltenetaktik zwischen Beschäftigung und AMS-Bezug führen zu Einkommensschwankungen und Problemen beim Bezahlen der Fixkosten; ebenso durch Werkverträge, bei denen im Krankheitsfall keine Lohnfortzahlung geleistet wird. Dass ältere Menschen schwerer einen Arbeitsplatz bekommen, ist leider schon lange traurige Realität. Wenn aber ein 45jähriger Mann mit den Worten "Was wollen sie denn in

*Ganzheitliche
Beratung stärkt
die Psyche,
Soforthilfe lindert
die ärgste Notlage.*



ihrem Alter" bei einem Job abgewiesen wird, stimmt das sehr nachdenklich. Sehr oft hören wir "ich schäme mich so, dass ich zur Caritas gehen muss. Ich habe immer gearbeitet, bis ...die Firma in Konkurs gegangen ist, ...mein Arbeitsplatz wegrationalisiert wurde, ...ich länger krank war und dann gekündigt wurde, ...ich gekündigt wurde, weil ich wegen der Kinder zu wenig flexibel bin, ..."

Verschärft wird die Situation dann, wenn eine Familie betroffen ist. Die Kinder können mit FreundInnen oder SchulkollegInnen finanziell nicht mit-

halten, in manchen Fällen ist nicht einmal Geld für Schuljause oder das Kopiergeld da. Skikurs oder Landschulwoche fallen unter die Kategorie „Luxus, den man sich nicht leisten kann“. Wir registrieren auch, dass es verhältnismäßig rasch zu einer Sperre des AMS-Bezuges kommen kann. Bei einem ohnehin geringen Einkommen ist die finanzielle Existenz extrem gefährdet. Wir helfen im Rahmen unserer Möglichkeiten, den fehlenden Arbeitsplatz können wir jedoch nicht ersetzen.

Martin Morokutti

Herzliches Danke

an alle Spenderinnen und Spender, an alle Verantwortlichen in Gemeinschaften und Organisationen, die im Jahr 2004 die Bischöfliche Arbeitslosenstiftung mit insgesamt 91.709,- Euro unterstützt haben.

Jede und jeder von Ihnen hat mitgeholfen, die Hoffnung von arbeitslosen Menschen zu stärken.

Wir konnten mit 30.000,- Euro einzelne Hilfesuchende und mit 45.500,- Euro verschiedene soziale Einrichtungen fördern.

Eine große Bitte

unterstützen Sie uns mit Ihrer Spende, weiterhin, helfen Sie uns ausgegrenzten Menschen helfen.

Benutzen Sie bitte beiliegenden Zahlschein oder spenden Sie direkt auf unser Konto: 10.653.210, VKB-Bank, BLZ 18.600

Die Realität der Arbeitswelt...

Zwei von drei Arbeitsplätzen verschwinden

Im September 2004 wurde den 260 Solvay – MitarbeiterInnen in Ebensee von der Werksleitung mitgeteilt, dass die Sodafabrik im Sommer 2005 geschlossen wird. Nur noch ca. 80 Arbeitsplätze bleiben bestehen. Diese Nachricht traf die Belegschaft wie ein Keulenschlag. Viele waren zunächst sprachlos und konnten erst nach Tagen und Wochen über ihre persönlichen Ängste und Befürchtungen reden. Ebensee ist ein Ort mit 8.500 Einwohnern, jede/r von ihnen ist irgendwie betroffen und erlebt die persönlichen Ängste, Ausweglosigkeit und Resignation. Viele ArbeitnehmerInnen sind zwischen 40 und 50 Jahre alt. Es ist fast aussichtslos, in diesem Alter in dieser Gegend einen neuen Job zu finden.

Die Ursachen für das Ende der Sodaproduktion liegen in einer weltweiten Überproduktion, dem Preisdruck nach der Ostöffnung und den steigenden Kosten. Das einzige Rädchen, woran man bisher noch drehen konnte war das Personal. Natürlicher Abgang wurde nicht mehr nach besetzt. Das hatte Grenzen. Aber was können die Beschäftigten dafür, die ihre Arbeit immer gut und pflichtbewusst getan haben?

Die Sorge um die Zukunft ist bei den Menschen, die hier in der Fabrik noch arbeiten sehr groß. Das Wissen um die Tatsache, dass von drei MitarbeiterInnen nur eine/r weiterhin im Werk Beschäftigung findet, ist bedrückend. Wer wird den Arbeitsplatz verlieren, wer kann bleiben? Auch die, die bleiben können, müssen sich auf ein verändertes Schicht- und Lohnsystem einstellen. Die Gekündigten werden zunächst in die Salzkammergut-Arbeitsstiftung aufgenommen. Irgendwann werden sie aus der Arbeitslosenstatistik verschwinden aber mit der Erfahrung, dass Globalisierung in erster Linie die ArbeitnehmerInnen trifft.

Kurt Rohrhofer



Das Ende der selbstverwalteten Fidelis-Druckerei

Die Fidelis-Druckerei wurde 1924 vom Kapuzinerorden gegründet und von diesem bis 1988 geführt. Ab diesem Zeitpunkt übernahmen die 25 Beschäftigten die Firma als Verein und GmbH, sie zahlten je ATS 20.000 als Stammkapital ein. Die Organisation wurde demokratisch von den Betroffenen erarbeitet. Der Vorstand, bestehend aus 4 gewählten Mitgliedern sowie dem Betriebsratsvorsitzenden und dem Geschäftsführer vertrat die Eigentümerinteressen. Besonders wichtige Beschlüsse, wie große Investitionen, wurden in der Generalversammlung aller Mitglieder gefasst.

In den folgenden Jahren wurde in moderne Maschinen investiert und die Räumlichkeiten adaptiert. Anfängliche Gewinne wurden im Unternehmen belassen, später war es immer schwieriger, Überschüsse zu erwirtschaften. Modernisierung und technischer Fortschritt zwang zu neuen Investitionen, damit war auch eine Kapazitätsausweitung verbunden, die schwierig am Markt zu verkaufen war. Mit dem gleichen Personal konnte wesentlich mehr als vorher produziert werden. Die Preise in der Branche kamen immer mehr unter Druck, weil die neuen schnellen Maschinen auch ausgelastet werden mussten.

Sanierungskonzepte, wie Kooperationen, Zusammenschlüsse, Auslagerungen und notwendige Personalreduktionen wurden beraten, geplant und teilweise auch durchgeführt. Die Löhne und Gehälter waren schon seit längerer Zeit in der kollektivvertraglichen Mindesthöhe.

Der Umsatz war im Verhältnis zu den fixen Kosten zu wenig. Die Angst, den Arbeitsplatz zu verlieren, wurde größer. Als die Kreditrahmen der Banken und die Zahlungsfristen der Lieferanten nicht mehr einzuhalten waren, musste Konkurs angemeldet werden. Ein Zwangsausgleich wurde angestrebt, bei dem von den 22 ArbeitnehmerInnen etwa 16 weiterbeschäftigt werden sollten.

Bei den Beschäftigten war Anspannung, Verunsicherung, Unbehagen und Konkurrenzdenken zu spüren, wer dabei sein würde und wer nicht. Die Motivation weiterzuarbeiten schwankte stark, das Vertrauen in die Führung war belastet. Der für einen Zwangsausgleich vorgesehene Umsatz konnte nicht erzielt werden, Übernahme-Interessenten haben sich anders entschieden, die Vereinsmitglieder sahen ebenfalls trotz vieler Bemühungen letztlich keine Möglichkeit mehr,

den Betrieb fortzuführen. Der Betrieb wurde geschlossen, die Maschinen und Einrichtungen versteigert.

Von den 22 Beschäftigten haben derzeit 7 wieder eine Arbeit in der Druckereibranche gefunden, in Arbeitsstiftungen sind weitere 6 Personen zur Umschulung, die übrigen sind arbeitslos.

Die 14 Vereinsmitglieder haben ihre Einlagen verloren. Der Selbstverwaltungsverein soll weiter bestehen, zum Austausch von Erfahrungen und zur Beratung von Interessierten. Das Experiment, einen Betrieb von den Beschäftigten selbst zu führen, ist nach anfänglich sehr erfolgreichen Jahren leider nach 16 Jahren gescheitert.

Helmut Grünberger
ehem. Geschäftsführer



Medieninhaber und Herausgeber:

Bischöfliche Arbeitslosenstiftung der Diözese Linz, Stifterstraße 28, 4020 Linz – Tel. 0 73 2 / 78 13 70, Fax: DW -4
e-mail: arbeitslosenstiftung@dioezese-linz.at
Internet: www.dioezese-linz.at/arbeitslosenstiftung
Namentlich gekennzeichnete Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung der Redaktion und des Herausgebers.
Blattlinie: Informationsorgan der Bischöflichen Arbeitslosenstiftung
Hersteller: Diözesandruckerei Pastoralamt